

Einsetzung eines parlamentarischer Untersuchungsausschusses zum Thema Justiznotstand und Rechtsbankrott

[Wien, 5. Optober 2019] In einem Schreiben an Wolfgang Sobotka, Doris Bures, Anneliese Kitzmüller August Wöginger, Pamela Rendi – Wagner, Norbert Hofer, Beate Meinl-Reisinger, Bruno Rossmann, Herbert Kickl und Peter Pilz hat die Aktionsplattform Bürgerdemokratie statt Parteiendiktatur die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert.

Grundlage dieser Forderung ist der offensichtliche Justiznotstand und Rechtsbankrott in Österreich. Ganze Gerichtsstände, Richter und Staatsanwälte sind korrupt oder werden auf Grund ihrer sexuellen Orientierung zur Korruption erpreßt. Eindeutig beweisbare Fehlurteile werden von den gerichtlichen Instanzen bis hin zu den Höchstgerichten abgesegnet.

Es ist Tatsache, dass diverse Gerichtsstände in ganz Österreich regelrechte Geschäftsmodelle betreiben wie zum Beispiel die Testament-Fälschungsaffaire in Dornbirn, rechtswidrige Enteignungen zum Beispiel im Zuge von Schwalterschaftsverfahren, feindliche Übernahmen von Klein- und Mittelbetrieben, Immobilien, etc. Dabei kommt es zu einer Bildung von kriminellen Vereinigungen und Justizseilschaften, wo Banken, Anwälte, Gutachter, Richter, Staatsanwälte und Lokalpolitiker bürgerschädigend zusammenwirken.

Außerdem erreichen uns seit Jahren zahlreiche Hinweise, dass in Österreich mit Billigung des Gerichts und der Justiz eine Art „Kinderhandel“ betrieben wird. Mitarbeiter von Jugendämtern konstruieren in diesen Fällen künstlich Gefahr in Verzug um Kinder aus ihren Familien reißen zu können und in teure Betreuungseinrichtungen zu stecken, wo sie auch noch von den Verantwortlichen und mitunter auch einer pädophilen Szene zugeführt sexuell ausgebeutet werden sollen.

Anzeigen wegen Amtsmißbrauch gegen korrupte Justizorgane werden ohne Ermittlungen mit fadenscheinigen Begründungen von der Staatsanwaltschaft obligatorisch eingestellt.

Die Aktionsplattform Bürgerdemokratie statt Parteiendiktatur hat aufgrund zahlreicher Beschwerden und Mißstandsdarstellungen einen außerparlamentarischen unabhängigen Bürgeruntersuchungsausschuß AUA eingerichtet und durchgeführt. Das Ergebnis dieses Bürgeruntersuchungsausschusses wurde in Form des Karfreitagsdossiers veröffentlicht.

KIRCHE & STAAT - EINE UNHEILIGE ALLIANZ

Das pädokriminelle Netzwerk in Österreich und die Methoden seiner Vertuschung mit einer Resolution für Österreich

Dieses, das System darstellende Dossier wurde im Juni 2019 an alle Amts- und Würdenträger der Republik übermittelt. Das zuständige Justizministerium und das Innenministerium haben bisher nicht reagiert.

Nachdem wir mit der Präsidentschaftskanzlei die Zuständigkeit geklärt haben, wendeten wir uns somit an Sie als Vertreter des Parlaments.

Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Damit diese offenkundigen Mißstände nun geprüft, erkannt und abgestellt werden können ist es dringend notwendig einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum Thema Justiznotstand und Rechtsbankrott als Folge von Amtsmißbrauch und Korruption durch Amtsträger, die aufgrund ihrer sexuellen Prägung und Orientierung mit Hilfe kompromittierenden Materials erpreßt werden einzusetzen.

Es soll in den im Karfreitagsdossier an/ausgeführten Fällen (Fall Wilhelminenberg, Fall August Aichhornhaus, Fall Kampusch, Fall Fritzel, Fall Otto Mühl, Fall Josef Holzinger, Fall Schulbrüder gegen Herbert Szlezak, Fall Herbert Szlezak, etc.) untersucht werden, ob unsere Justiz unabhängig arbeiten kann oder ob dies nicht möglich ist und es deshalb zu rechtswidrigen Fehlurteilen gekommen ist und Straftäter vor Strafverfolgung rechtswidrig geschützt worden sind.

In den Opferkarteien der Opfer des August Aichhornhauses und des Missbrauchskandals bei den Schulbrüdern, welche sich beim Weißen Ring und bei der Klassnic-Kommission befinden könnten sich strafrechtliche relevante Inhalte befinden und diese bewußt zurück gehalten worden sein, weil Dr. Udo Jesionek einerseits im Vorstand der mutmaßlichen Täterorganisation war und jetzt als Präsident des Weißen Ringes einerseits und als Mitglied der Klassnic-Kommission andererseits die Aufgabe übernommen hat, quasi seine „eigenen Opfer“ zu entschädigen.

Als aktueller Fall soll weiters untersucht werden, ob die Justiz allen Hinweisen auf strafrechtlich relevantes Verhalten im Ibiza-Fall folgt, im speziellen dem Hinweis, dass HC Strache erwähnte, dass ihm kompromittierendes Material über Kanzler Kern und Kurz bekannt sei und es wäre weiters zu prüfen, ob die beiden letzten Bundeskanzler möglicherweise mit kompromittierendem Material von in- oder ausländischen Interessensgruppen zu politischer Willfährigkeit erpreßt wurden.

Weiters soll geprüft werden, ob die österreichische Politik und in weiterer Folge die Justiz der katholischen Kirche scheinbar das Privileg eingeräumt hat, ein paralleles Rechtssystem (kanonisches Recht) zu betreiben und ob die katholische Kirche dies dazu mißbraucht hat, ungestraft ihr anvertraute Kinder zu vergewaltigen und zu mißbrauchen.

Hintergrund wäre, dass pädokriminelle Justizeilschaften bestehend aus ehemaligen Kirchenopfern, die in katholischen Eliteschulen selbst schwer mißbraucht und jetzt

aufgrund ihrer Frühsexualisierung und daraus resultierenden sexuellen Prägung und Orientierung erpreßbar sind, Straftäter vor Strafverfolgung schützen und dadurch, moralisch gänzlich enthemmt, den Nährboden für jegliche Art von Korruption bilden. Es wurden im Laufe der Jahre zahlreiche parlamentarische Anfragen in bezug auf diese Missstände eingebracht. Diese wurden aber, wie teilweise im Dossier ersichtlich von den zuständigen Ministerien unzureichend, ja teilweise nachweislich fehlerhaft beantwortet.

Aus diesem Grunde sind wir derzeit dabei, neuerlich parlamentarische Anfragen vorzubereiten und den Abgeordneten aller Parteien zukommen zu lassen.

Kontaktdaten und weitere Informationen:

Opferoffensive

Schüttaustraße 1-39/19/71220 Wien

Internet: <http://www.opferoffensive.at>